

„Auf dem Weg zu Geschlechtergerechtigkeit – und was hat Prostitution damit zu tun?“

Rund 40 Frauen diskutierten auf Einladung des Landesverbands Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V. am 15. März in Darmstadt das Prostituiertenschutzgesetz, seine gesellschaftlichen und individuellen Auswirkungen sowie alternative Gesetzesmodelle

Darmstadt, 15. März 2019. „Prostitution macht Frauen zum Objekt“, ist Trixia Macliing von Solwodi überzeugt. „Statistiken zeigen: Die Täter sind in absolut überwiegender Anzahl männlich, die Opfer weiblich. Das heißt: Es gibt in einer Gesellschaft, in der Prostitution legal ist, keine Geschlechtergerechtigkeit!“ Der Landesverband Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V. hatte in Zusammenarbeit mit Solwodi – Solidarity with Women in Distress e.V. und FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e.V. sowie der Katharina-Zell-Stiftung eingeladen zur Podiumsdiskussion „Auf dem Weg zu Geschlechtergerechtigkeit – und was hat Prostitution damit zu tun?“ Mehr als 40 Gäste waren der Einladung gefolgt und diskutierten am 15. März in der Ev. Martin-Luther-Gemeinde lebhaft die unterschiedlichen Perspektiven, die eingangs von den Referentinnen vorgestellt wurden.

Beide Organisationen waren sich einig, dass der Schutz der betroffenen Frauen an erster Stelle stehen müsse. Doch während die Vertreterinnen von Solwodi das so genannte „Nordische Modell“ bevorzugten, wiesen Elvira Niesner und Kristina Tsvetkovska von FIM auf die Notwendigkeit von alternativen Erwerbsmöglichkeiten hin. Im Prostituiertenschutzgesetz sehen sie Chancen für die Frauen: „Frauen, die als Prostituierte arbeiten wollen, müssen für zwei Pflichtberatungen zum Ordnungs- und zum Gesundheitsamt. Dort werden sie über Hintergründe wie die gesetzlichen Rahmenbedingungen, Gesundheitsschutz und Notfallangebote wie etwa die bundesweiten Hilfetelefone informiert“, so Kristina Tsvetkovska. „Das Wichtigste dabei: Durch diese Pflichtberatung bekommen wir auch Kontakt zu den Prostituierten, können sie informieren und Unterstützung anbieten, auch beim Ausstieg. Die Frauen haben eine Ansprechpartnerin.“ Auch für Bordellbetreiber gibt es Auflagen: Sie müssen Kondompflicht und ein Notfall-Alarmsystem gewährleisten, besonders erniedrigende Modelle wie so genannte „Gang Bangs“ oder „Flatratebordelle“ sind verboten. Verstoßen sie gegen diese Auflagen, wird ihnen die Betriebserlaubnis entzogen. „Frauen, die in der Prostitution tätig sind, brauchen Unterstützung und Empowerment“, bekräftigt Elvira Niesner. „Das Prostituiertenschutzgesetz ermöglicht einen Zugang zu diesen Frauen. Wenn sie bei dieser Beratung gute Erfahrungen mit dem Rechtssystem, dem Gesundheitsamt

und dem Ordnungsamt machen, haben sie auch hinterher bessere Chancen, sich zu wehren, sich Hilfe für den Ausstieg zu holen. Und: Es macht das Thema sichtbar und kehrt es nicht unter den Tisch. Kommunen und Behörden müssen sich jetzt damit auseinandersetzen. Sie können nicht länger weg-schauen.“

Helga Tauch von Solwodi hingegen sieht das Gesetz kritisch: „Das Gesetz definiert Prostitution als „normale“ Arbeit. Sexarbeit ist aber keine normale Erwerbsarbeit, sie ist ein Übel. Das legale Prostitutions-Milieu ist die Basis für den illegalen Menschenhandel.“ Dennoch profitiere Deutschland in Form von Steuern von der Ausbeutung der Frauen. Eine Prostituierte müsse sechs bis sieben Freier pro Tag bedienen, allein um Zimmer und Steuern bezahlen zu können. „Für den Staat ist das ein Business. Es geht darum, mit den Frauen Geld zu verdienen. Prostitution ist kein Randbereich der Gesellschaft, es ist eine Großindustrie: Einer Studie des EU-Ausschusses zu Geschlechtergerechtigkeit von 2014 zufolge beträgt der Jahresumsatz der steuerpflichtigen Prostitution in Deutschland 14,6 Milliarden Euro. Das sind hohe Steuereinnahmen.“ Ruth Müller von Solwodi schließlich stellte das nordische Modell vor, wie es zum Beispiel in Schweden gilt: „Hier findet ein wichtiger Perspektivwechsel statt: der Kunde wird bestraft, nicht die Prostituierte. Das Gesetz verbietet den Sexkauf. Dahinter steckt die Hoffnung, dass mit sinkender Nachfrage auch die Prostitution zurückgeht. Dem Modell zugrunde liegt außerdem ein ganzheitlicher Ansatz mit Information und Begleitung, Ausstiegsberatung und vielem mehr.“

Das Prostituiertenschutzgesetz (2017) sollte eine rechtliche und soziale Besserstellung der Frauen erreichen, ihre Arbeitsbedingungen verbessern und die kriminellen Begleiterscheinungen wie Menschenhandel und Drogenkriminalität zurückdrängen. Eine Evaluation steht noch aus.

„Der Umgang mit dem Frauenkörper, dessen Bewertung, Vermarktung und Ausnutzung hat eine große gesellschaftliche Bedeutung“, so Angelika Thonipara, geschäftsführende Pfarrerin im Landesverband Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V. „Was ist das für eine Gesellschaft, wenn Männer in diesem Ausmaß wie wir es gehört haben, Prostituierte aufsuchen und über Geldzahlungen selbstverständlich über die Frauen verfügen? Was macht das mit einer Gesellschaft, wenn Frauen wie Ware auf Plakaten angepriesen werden, wie es beispielsweise zurzeit im Saarland an der deutsch-französischen Grenze der Fall ist? Wo entwickeln wir uns hin, wenn Frauen auf öffentlichen Plakaten wie Objekte angeboten werden? Dies prägt das Frauenbild auch der jüngeren Generation. Hier haben wir viele Fragen Heute Abend haben diese Fragen Raum bekommen. Wir bleiben an dem Thema dran.“

Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V. (EFHN)

Der Landesverband Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V. ist ein Mitglieder- und Dachverband für Frauen- und Familienarbeit auf dem Gebiet der hessen-nassauischen Kirche. Der Verband ist die Stimme evangelischer Frauen in Kirche und Gesellschaft. Er fördert und unterstützt die Arbeit von und mit Frauen in kirchlichen Bezügen und ermutigt Frauen, in der heutigen Welt als Christinnen zu leben. Mit frauenspezifischer Kompetenz und Sicht setzt der Verband theologische, spirituelle, sozialdiakonische und politische Impulse.

Zum Landesverband Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V. gehören 230 Mitgliedsgruppen, 70 Kirchengemeinden, 15 Frauenverbände und 420 Einzelmitglieder.

Pressekontakt:

Mareike Rückziegel
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e. V.
Erbacher Straße 17
64287 Darmstadt

Telefon: 06151 / 6690-165
Fax: 06151 / 6690-169
E-Mail: mareike.rueckziegel@evangelischefrauen.de

www.evangelischefrauen.de